

Eidgenössische Volksabstimmung vom 1. Dezember 1996 : ein knappes, ein klares Nein

Autor(en): **Bignasci, Ilaria / Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **23 (1996)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910687>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eidgenössische Volksabstimmung vom 1. Dezember 1996

Ein knappes, ein klares Nein

Ein deutliches Nein zum revidierten Arbeitsgesetz (67%), ein knappes Nein zur Einwanderungsinitiative der SVP (54%): Dies sind die Resultate der eidgenössischen Volksabstimmung vom 1. Dezember, an der sich 46% der Stimmberechtigten beteiligten.

Die Initiative gegen die illegale Einwanderung stiess in der Westschweiz auf entschiedene Ablehnung. In einigen Hochburgen der Schweizerischen Volkspartei (wie den Kantonen Aargau und Thurgau), in der Zentralschweiz sowie in zwei Grenzkanantonen (Schaffhausen und Tessin) wurde sie dagegen angenommen. Nach Ansicht der SVP müssen jene Parteien, welche die Initiative bekämpft haben, «jetzt den Beweis erbringen, dass die Lage wirklich unter Kontrolle ist».

Die Ablehnung der SVP-Initiative wurde mehrheitlich begrüsst. Die Frei-

sinnig-Demokratische Partei schlug vor, die bestehenden Probleme mittels Revision des Asylgesetzes zu lösen. Bundesrat Arnold Koller zeigte sich überzeugt

Ilaria Bignasci

davon, dass sich das Abstimmungsresultat – trotz einem doch beunruhigend hohen Ja-Stimmen-Anteil – positiv auf die Zusammenarbeit mit europäischen Staaten im Bereich der Einwanderungs- und Asylpolitik auswirken wird. Er betonte aber auch die Notwendigkeit, den Zuwachs der ausländischen Bevölkerung in unserem Land zu reduzieren.

Klarer als erwartet

Nur wenige hatten eine derart massive Ablehnung des vom Parlament beschlossenen neuen Arbeitsgesetzes erwartet. Bundespräsident und Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz nannte als Grund für das deutliche Nein die mangelnde Konsensbereitschaft sowie insbesondere die Vorgehensweise der Parlamentsmehrheit: «Das im Revi-

sionsvorschlag der Regierung enthaltene Gleichgewicht der Interessen ist im vom Parlament verabschiedeten Gesetz unter die Räder gekommen. Das Abstimmungsresultat repräsentiert eine Absage an die unilaterale Politik. Wir müssen den inneren Dialog, der die Stärke der Schweiz ausmacht, wieder aufnehmen und intensivieren.»

Die Christlichdemokratische Volkspartei kündigte unmittelbar nach der Abstimmung eine parlamentarische Initiative an, die innert kurzer Zeit ein Gesetz hervorbringen soll, das eine zeitliche Kompensation der Nachtarbeit vorsieht. Auch der Bundesrat möchte das Dossier neu angehen; Bundespräsident Delamuraz hat seinen Willen

Kommentar

Konfrontiert mit den Zwängen und Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Deregulierung, hat sich das Schweizer Volk für die Solidarität entschieden. Ohne Wenn und Aber. Die inzwischen in der

Schweizer Firmenlandschaft zum Alltag gehörenden Entlassungen und Restrukturierungen bildeten den Nährboden für das wuchtige Nein zu jener Version des Arbeitsgesetzes, welches das Parlament im vergangenen Frühling verabschiedet hatte. Letztlich hat sich das Volk gegen die durch die Parlamentsmehrheit praktizierte Verweigerung eines sozialpartnerschaftlichen Dialogs sowie gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgesprochen.

Die Arbeitgeber und vor allem die ultraliberalen Kräfte innerhalb des Parlaments sind mit Nachdruck an ihre Verantwortung erinnert worden. Trotz des hohen Drucks, der von den internationalen Märkten ausgeht, trotz zunehmender Konkurrenz und Globalisierung muss die Arbeit noch immer ein Gut im Dienste des Menschen sein – und nicht umgekehrt. Das Abstimmungsresultat ist ein Denkmittel in dieser Richtung. Hätte die Parlamentsmehrheit die Vorlage in ihrer

Gesamtheit übernommen und nicht in letzter Minute den Zeitzuschlag für Nachtarbeit gestrichen sowie ohne Vorankündigung sechs Arbeitssonntage für den Detailhandel ins Gesetz aufgenommen, würden wir heute über ein flexibles, wirtschaftsfreundlicheres Arbeitsgesetz verfügen.

Die Debatte muss jetzt dort wieder aufgenommen werden, wo sie steckengeblieben ist – es geht dabei um nichts weniger als um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Der Vorschlag der CVP, auf die ursprüngliche Gesetzesvorlage – also auf jene vor dem unheilvollen parlamentarischen Eingriff – zurückzukommen, repräsentiert die einzig mögliche Antwort auf die Anforderungen der Zeit. Heute dürfte allen klar sein, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung in der Schweiz nicht möglich sein wird ohne jenen Konsens zwischen den Sozialpartnern, der in der Vergangenheit die Stärke unseres Landes aus-



Hinter fremdländischen Gesichtern verbergen sich oftmals Flüchtlingschicksale. Eine Mehrheit des Schweizer Volkes will auch illegale Eingereisten weiterhin ein ordentliches Asylverfahren gewähren. (Foto: Keystone)

kundgetan, bald mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern an einen Tisch zu sitzen: «Wir haben schon zuviel Zeit verloren, deshalb wird es auch keine Totalrevision des Arbeitsgesetzes geben. Aber schon im kommenden Herbst könnte das Parlament eine Reihe von Massnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verabschieden.»

mache. Auch in schwierigeren Zeiten als diesen.

Keinen Anlass zu Euphorie bietet das Abstimmungsresultat der SVP-Asylinitiative. Es muss vielmehr als ein Signal dafür gewertet werden, dass zurzeit breite Bevölkerungskreise in der Schweiz verunsichert sind und von Angst um die eigene Zukunft geplagt werden. Heute sehen sich die Schweizerinnen und Schweizer genau in jenen Bereichen bedroht, die bisher die eigentlichen Stärken unseres Landes darstellten: Vollbeschäftigung, materieller Wohlstand, gesunde Staatsfinanzen und die Idylle einer goldenen Insel.

Oh die Menschen in der Schweiz: den Glauben in ihre eigenen Fähigkeiten wiederfinden, hängt von der Entschlossenheit ab, mit welcher die politischen Kräfte und die Sozialpartner gemeinsam – und nicht gegeneinander – nach Wegen aus der aktuellen Krise suchen. Ilaria Bignasci

Presseschau

Die Erleichterung über das Nein zur Asylinitiative sowie die Forderung nach einer raschen und sozial ausgewogenen Neuaufgabe des Arbeitsgesetzes dominierten die Kommentare zur Abstimmung vom 1. Dezember.

CORRIERE DEL TICINO

Die Abfuhr für das revidierte Arbeitsgesetz ist gleichbedeutend mit einem Stillstand im Anpassungsprozess der Rahmenbedingungen des Produktionsstandortes Schweiz, der sich einer immer härteren und aggressiveren ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sieht. Die Gewerkschaften haben also Grund, Sieg zu rufen. Doch es könnte sich um einen Pyrrussieg handeln. Denn wenn die Arbeitsgesetzgebung den in verschiedener Hinsicht veränderten Anforderungen nicht angepasst werden kann, wird die Schweiz im internationalen Wettbewerb mit Fesseln und Lasten behaftet bleiben.

Tages-Anzeiger

Das krasse Nein ist eine Ohrfeige für jene Wirtschaftsvertreter, die das Gesetz im Parlament unnütz verschärft haben. Trotzdem darf jetzt nicht passieren, dass die Arbeitgeber sich beleidigt in die Schmollecke zurückziehen und sagen: Dann wollen wir halt überhaupt kein neues Gesetz. Schliesslich wollten sie unbedingt eine Liberalisierung. Zu einer neuen Lösung müssen auch die Gewerkschaften Hand bieten. Das Arbeitsgesetz, wie es der Bundesrat einst vorgelegt hatte, ist eine so schlechte Basis nicht. Das Nein des Volkes ist die Chance für eine Sozialpartnerschaft, die diesen Namen wieder verdient: ein Verhältnis, in dem beide Partner zu Kompromissen bereit sind.

JOURNAL DE GENEVE

et Gazette de Lausanne

Die Frage lautet: Willen sie die Änderung des Arbeitsgesetzes gutheissen? Beim Ausfüllen des Stimmzettels haben Tausende von Stimmberechtigten diesen Urnengang in eine Abstimmung über die wirtschaftliche und soziale Lage umfunktioniert. Mehr als einer wünschbaren Flexibilisierung der Arbeitszeit oder einer Revitalisierungsmassnahme haben sie sich dem durch Arbeitsplatzabbau und Druck auf die Löhne vergifteten Klima widersetzt. In diesem über-

Abstimmungsergebnisse

Volksinitiative «Gegen die illegale Einwanderung»

JA 982 953 (46,4%)
Kantone: AG, AI, GL, LU, NW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR
NEIN 1 138 073 (53,6%)
Kantone: AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, NE, OW, VD, VS, ZG, ZH

Änderung des Arbeitsgesetzes

JA 697 951 (33%)
NEIN 1 418 888 (67%)
Stimmteilnahme: 46%

deutlichen Nein kommen das weitverbreitete Malaise und die Angst vor der Zukunft zum Ausdruck.

Neue Zürcher Zeitung

Nach der Verhinderung einer zeitgemässen Regelung von Nacht- und Sonntagsarbeit müssen Politik und Wirtschaft umgehend und gemeinsam eine mehrheitsfähige Version des Arbeitsgesetzes ausarbeiten. Wirtschaftsminister Delamuraz steht hier nach seiner Extratour in besonderer Pflicht, und auch die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich nach diesem Sieg an der Urne, dem mehrere ähnlich deutliche Niederlagen vorangegangen waren, nicht auf hohe Ross setzen.

LE NOUVEAU QUOTIDIEN

Westschweizer und die Bewohner der Deutschschweizer Städte haben keinen Grund mehr, sich einschüchtern zu lassen: Die Anhänger des Rückzugs sind nicht unschlagbar. Die nächsten Auseinandersetzungen (über eine Begrenzung der ausländischen Wohnbevölkerung und die Anti-EU-Initiative der Lega) werden es ermöglichen, diese politische Strömung, die der Schweiz schon so manche unheilvolle Verspätung eingebracht hat, an den Rand zu drängen.

Der Bund

Vor allem aber prägen nicht Statistiken und langfristige Trends die Volksmeinung über die Ausländerpolitik, sondern negative Alltagserlebnisse und diffuse Ängste. Trotz aller Erleichterung über das Abstimmungsresultat, das weiteren Schaden vom angeschlagenen Image der Schweiz abzuwenden vermochte, dürfen diese Faktoren jetzt keinesfalls vernachlässigt werden.

RL